

4-7-164-RFA/13

Berlin, 19. Dezember 2013

Frau
Maurer-Wohlatz
Yasuní-Bündnis Deutschland
c/o Forum für Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Sehr geehrte Frau Maurer-Wohlatz,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 6. Dezember 2013, in welchem Sie sich auf die Auflösung der Stiftung Pachamama in Quito beziehen, teile ich Ihnen mit, dass Mitglieder dieser Stiftung bei einem tätlichen Angriff auf den Botschafter Chiles in Ecuador sowie auf einen Vertreter einer staatlichen Erdölfirma Weißrusslands am Rande der 11. Verhandlungsrunde zur Erdölförderung vom 28.11.2013 die „Hauptbeteiligten“ waren.¹ Ein so gewalttätiges Vorgehen ist in einem Rechtsstaat, der immer auch die körperliche Integrität der Menschen schützt, nicht statthaft. Ecuadors Rechtsstaat ist heute, u.a. dank der erfolgreichen Umsetzung einer umfassenden Justizreform zur Modernisierung der Judikative sowie zur Herstellung von Transparenz in der Rechtsprechung, konsolidiert.

Zur durch das ecuadorianische Umweltministerium umgesetzten Rechtsnorm bezüglich der Auflösung der Stiftung Pachamama ist die Verordnung über die Erfassung der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen durch das *Einheitliche Informationssystem zu den gesellschaftlichen und staatsbürgerlichen Organisationen* zu nennen, welche im Präsidialerlass Nr. 16 vom 4. Juni 2013 enthalten ist. Aus dem Artikel 26 dieses Erlasses, welcher zur Schließung der Stiftung Pachamama zitiert wurde, nennt das Umweltministerium Ecuadors folgende Punkte als Gründe für die Auflösung:

1. „Von den Zwecken und Zielen abweichen, zu welchen [die Organisation] gegründet wurde.“ (vgl. Art. 26, II).
2. Eine „Einmischung in die *public policy*, welche die innere oder äußere Sicherheit des Staats verletzt oder **den öffentlichen Frieden beeinträchtigt**“ (vgl. Art. 26, VII).

Die legale Ermächtigungsgrundlage des genannten Präsidialerlasses ergibt sich aus dem verfassungsausführenden Gesetz zur Staatsbürgerteilhabe (*Ley Orgánica de Participación Ciudadana*).

...//...

¹ Vgl. Pressemitteilung des Umweltministeriums Ecuadors vom 4.12.2013: <http://www.ambiente.gob.ec/se-disuelve-la-fundacion-pachamama-tras-comprobarse-que-la-ong-violo-el-reglamento-de-organizaciones-sociales/>



REPUBLICA DEL ECUADOR
EMBAJADA EN LA
REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA



Ministerio
de Relaciones Exteriores
y Movilidad Humana

...2...

Sie fordern weiter einen „demokratischen, fairen, informierten und freien Abstimmungsprozess zur Frage der Erdölförderung im Amazonastiefland Ecuadors, einschließlich der ITT-Blöcke im Yasuní-Nationalpark“. Ein solcher Abstimmungsprozess ist bereits von der Zivilgesellschaft Ecuadors initiiert und es gehört nicht zu den Aufgaben des Staats, einen zusätzlichen Prozess zur Abstimmung ins Leben zu rufen. Es gibt darüber hinaus keinen Anlass, diesbezüglich an einem demokratischen, fairen, informierten und freien Abstimmungsverfahren zu zweifeln. Dieser Abstimmungsprozess unterliegt einer transparenten Durchführung mit Hilfe des Nationalen Wahlrats (CNE). Das Resultat wird von den staatlichen Stellen unter Anwendung geltenden Rechts berücksichtigt werden.

Zudem gilt es, an die revolutionären ökologischen Projekte der ecuadorianischen Regierung wie die Initiative Yasuní-ITT zu erinnern, welche nicht an der Regierung Ecuadors, sondern an denen der Industrieländer gescheitert ist. Auch die Initiative Ecuadors bezüglich vermiedener CO₂-Nettoemissionen ist hierbei zu nennen: Vor über einem Jahr schlug Quito der Welt diese neuartige Initiative vor, die dem **Kampf gegen den Klimawandel** dient und einen Mechanismus darstellt, der von **Entwicklungsländern zur Reduktion von Treibhausgasen** implementiert werden kann, wobei deren vermiedener CO₂-Ausstoß von Industrieländern im Sinne der historischen Verantwortung des Nordens (Stichwort ökologische Schulden der Industriestaaten) kompensiert würde.

Es gilt außerdem hervorzuheben, dass die Verfassungsrechte keinesfalls durch diese rechtmäßige Auflösung einer Nichtregierungsorganisation (NRO) verletzt sind. Auch die Demokratie, Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Partizipation sind mitnichten beeinträchtigt, da es sich um eine auf das oben genannte Gesetz gestützte rechtlich einwandfreie Reaktion des Umweltministeriums Ecuadors (Bescheid 125) auf einen tätlichen Angriff handelt. Es besteht ein **evidenter Unterschied zwischen freier Meinungsäußerung und körperlicher Gewaltanwendung**.

Sie sprechen in Ihrem Schreiben von einer vermeintlich „friedliche[n], zivilgesellschaftliche[n] Institution“. Tatsächlich handelt es sich bei der genannten Stiftung jedoch um eine von außen finanzierte und nur ihren eigenen, das heißt ökonomischen und ausländischen Interessen verfolgende NRO, deren Mitglieder während der **versuchten Körperverletzung** gegen die beiden o.g. Personen keineswegs friedlich protestiert, sondern durch ihre Gewalttat den öffentlichen Frieden massiv beeinträchtigt haben. Ich übersende Ihnen im Folgenden den Link zum Video, auf welchem der genannte tätliche Angriff aufgezeichnet ist:

http://www.youtube.com/watch?v=cGntn3wMxXs&feature=c4-overview&list=UU9uJ4MXBQ_XdfIzTrrGjdUA

Hochachtungsvoll

Jorge Jurado
Botschafter von Ecuador

